

---

Echo

# Predictive Policing, ein Treffen im Tibits und «Bin ich verdächtig?»

Reaktionen auf die Republik.

Von Lucia Herrmann, 27.01.2021

Das passiert dann doch relativ selten, dass eine Republik-Schlagzeile viral geht. Am 7. Januar publizierten wir ein Porträt über die Juristin Sanija Ameti, die das Referendum gegen das neue «Antiterrorgesetz» koordiniert hat.



Die Republik-Frontseite vom 07.01.2021.

Dann passierte auf Twitter Folgendes:

---

**Ameen Mahdi**

@mansagtemin, 08.01.2021



Ich heisse Ameen, bin irakisch-schweizerischer Doppelbürger, muslimisch aufgewachsen, dann zum Atheismus konvertiert, spreche arabisch, kämpfe für eine liberale Gesellschaft und war oft an Demos. Bin ich verdächtig? Unterschreibe das Referendum. <http://pmt-nein.ch>

#PMTnein [https://twitter.com/hauseder\\_/status/1347296710696046593](https://twitter.com/hauseder_/status/1347296710696046593)

---

---

**sibylle berg**

@SibylleBerg, 08.01.2021



ich heisse sibylle, habe mit GRM ein subversives Buch über eine existierende Überwachungsdictatur geschrieben, benutze Tor, Verschlüsselung, habe mal in Rumänien uiii-gelebt, bin und glaube an direkte Demokratie. Bin ich verdächtig? #PMTnein <http://pmt-nein.ch> <https://twitter.com/LangstrumpfPipo/status/1347464709696614400>

---

---

**Nils Melzer**

@NilsMelzer, 08.01.2021



Ich heisse @NilsMelzer & möchte die staatliche Ordnung der #Schweiz im Sinne von #Menschenrechten & #Rechtsstaat beeinflussen.  
Ich warne vor Willkür & Tyrannei und verbreite dadurch Furcht & Schrecken.  
Gemäss #PMT ist das #Terrorismus & bin ich ein #TerroristischerGefährder. <https://twitter.com/NilsMelzer/status/1347153735072542721>

---

Einige Tage nach Beitrag und Twittersturm vermeldete Ametis Komitee, dass die nötigen Unterschriften fristgerecht zusammengekommen sind.

«Noch Anfang Dezember schien klar: Das Referendum gegen das Terror-Gesetz scheitert. Es waren erst 18'000 Unterschriften gesammelt. Doch dann kam es zu einem kleinen Wunder. [...] Als sie Ende Dezember bereits 15'000 Unterschriften gesammelt hatten, zeigte dies: Das Referendum ist doch möglich, trotz Coronavirus. In der Folge setzte bei den Jungparteien ein eigentlicher Unterschriftenboom ein. **«Ein Artikel in der «Republik» verursachte viel Resonanz», sagt Ameti.** «Und als das «Echo der Zeit» zu früh vermeldete, das Referendum sei zustande gekommen, gab das auch einen Schub.» («Luzerner Zeitung» vom 13.01.2021)

---

#### **Zum weiteren Echo auf die Republik:**

«Die Polizei weiss, was Sie morgen vielleicht tun werden» vom 11.12.2020

**«Die «Republik» hatte Mitte Dezember eine Studie publik gemacht, wonach diese Systeme das Gefahrenpotenzial eher überschätzen. [...]**

Judith Schmutz will deshalb mehr über die eingesetzte Software erfahren. [...]

Gemäss «Republik» setzt die Luzerner Polizei unter anderem auf das Tool Dyrias. Es berechnet das Gefährdungsrisiko aufgrund eines Fragenkatalogs, der verschiedene Bereiche wie Arbeitsplatz, Schule und Partner umfasst.» (Zentralplus.ch vom 23.12.2020)

**«Gemäss der «Republik» und der Berichterstattung von Zentralplus Mitte Dezember werden immer mehr so genannte «Gefährderinnen»**

**und «Gefährder» in Datenbanken erfasst**, in der eigenen Wohnung aufgesucht und angesprochen, beobachtet, überwacht. Im Kanton Luzern steigt die Zahl der erfassten Personen seit der Einführung des kantonalen Bedrohungsmanagements (KBM) stetig.» (Anfrage Judith Schmutz über die Handhabung der Gefährder-Ansprachen im Kanton Luzern», eröffnet am 25.01.2021)

«Die Schweiz scheint im deutschsprachigen Raum Pionierin im Bereich «Predictive Policing» zu sein. Gemäss aktuellen Artikeln von Zentralplus und der Republik werden immer mehr so genannte «Gefährder\*innen» in Datenbanken erfasst, in der eigenen Wohnung aufgesucht und angesprochen, beobachtet, überwacht. [...] **Doch «Predictive Policing» eröffnet den schweizerischen Polizeikörpern nicht nur neue Chancen für die Kriminalprävention, sondern auch eine Reihe von Herausforderungen und Risiken.** [...] Zudem findet bislang keine öffentliche Debatte statt über Predictive-Policing-Programme.» («Anfrage Bucher Noëlle und Mit. über «Predictive Policing» im Kanton Luzern», eröffnet am 25.01.2021)

---

«Tamedia Papers» vom 09.12.2020

«Die «Tamedia Papers» sind in der Schweiz ein medienjournalistisches Unikat. Nur ausnahmsweise berichten einzelne Medien derart konfrontativ über ein anderes Medienunternehmen. **Doch mit «Heidi»/«Republik» haben neue Akteure die Bühne betreten, die den publizistischen Kampf auch mit neuen Methoden ausfechten.** Die «Papers» sind jedoch auch Ausdruck davon, dass eine (Sprach-)Region nicht mehr bereit ist, den journalistischen Sparkurs protestlos hinzunehmen.» («Luzerner Zeitung» vom 25.12.2020)

---

«Die letzte Bastion» vom 24.09.2020

«Nach einem umfangreichen Bericht des Online-Magazins «Republik» im vergangenen Herbst gingen in der Schweizerischen Nationalbank (SNB) die Wogen hoch: **Das Magazin unterstellte der SNB offenkundigen Sexismus im Arbeitsalltag, Frauendiskriminierung im Anstellungsprozess und ein viel zu konservatives Weltbild**, wenn es beispielsweise um Teilzeitarbeit und die Vereinbarung von Familie und Arbeit gehe.» (Finews.ch vom 29.12.2020)

«Die Anwürfe sind umso gravierender, als sie laut den Republik-Journalisten von systematischer Natur seien. Barbara Janom Steiner, **die Präsidentin des für die Aufsicht und die Kontrolle des Geschäftsbetriebs zuständigen Bankrates, räumt im Gespräch mit CH Media erstmals ein, dass es im Umgang mit Mitarbeitenden tatsächlich zu Fehlern gekommen sei.** Solche seien unter anderem bei Personalgesprächen gemacht worden, sagt die frühere Graubündner Regierungsrätin.» («Luzerner Zeitung» vom 29.12.2020)

---

«Wie Google zum Medien-Mäzen wurde» vom 15.10.2018

«Die Studie «Medienmäzen Google. Wie der Datenkonzern den Journalismus umgarnt» stellt die richtigen Fragen: «Was sagt es über die Situation des Journalismus aus, wenn er die Hilfe eines Konzerns annehmen muss, der zugleich Geschäftspartner, Konkurrent und Objekt der Berichterstattung ist?» Doch seit die Studie der Netzjournalisten Ingo Dachwitz und Alexander Fanta im Auftrag der Otto-Brenner-Stiftung im Herbst erschienen ist, haben sie die meisten europäischen Medien ignoriert. In der Schweiz berichteten einzig die Branchenportale Medienwoche und Kleinreport über die Studie. **Die «Republik» widmete dem Thema bereits im Oktober 2018 einen Artikel.»** ([WOZ vom 14.01.2021](#))

---

[«Inside Huawei» vom 13.01.2021](#)

«Gemeinsame Recherchen von mehreren Zeitungen und Onlineplattformen geben einen Einblick in die Arbeitskultur der Firma, die in 170 Ländern tätig ist. **Davon betroffen sind auch chinesische Mitarbeiter, die für die Schweizer Ländergesellschaft mit Hauptsitz in Liebfeld bei Bern arbeiten.** [...] An der Recherche beteiligt waren «The Daily Telegraph» in Grossbritannien, «El Mundo» in Spanien, die deutschsprachige Plattform Netzpolitik.org sowie das Magazin «Republik» in der Schweiz. Unterstützung erhielten die Titel vom Whistleblowing-Netzwerk The Signals Network.» ([Tagesanzeiger.ch vom 14.01.2021](#), [zsz.ch vom 14.01.2021](#), [derbund.ch vom 14.01.2021](#), [bz.ch vom 14.01.2021](#), [zuonline.ch vom 14.01.2021](#), «Thuner Tagblatt» vom 15.01.2021, «Der Landbote» vom 15.01.2021, «Freiburger Nachrichten» vom 15.01.2021, «Berner Oberländer» vom 15.01.2021)

---

[«Winter is coming» vom 13.01.2021](#)

«Auch in der Schweiz schreien die Narzissten in ihren Höhlen, auf dass sie, bitte, bitte, gehört werden. All die Epidemiologen, Virologen, Politiker, Lobbyisten und Geistesmenschen bilden einen schrecklich disharmonischen Gefangenen-Chor, dem kein Mensch mehr eine Melodie abgewinnen kann. [...] **Einig sind sie sich alle in ihrer Untergangseuphorie.** Die einen sehen die Wirtschaft, die anderen die Menschen sterben. Als ob es da nicht gewisse Zusammenhänge gäbe. Einen ihrer letzten Corona-Newsletter hat die «Republik» mit dem Satz «Winter is coming» überschrieben. Er stammt aus der Fantasy-Serie «Game of Thrones» und feiert den Untergang der Welt.» ([«NZZ am Sonntag» vom 16.01.2021](#))

---

[«Satan in Hollywood» vom 19.01.2021](#)

«Wie berichtet man über Rechtsextreme? Daniel Ryser und Olivier Würzler machten in der «Republik» mit Jürgen Elsässer einen Versuch, der dem Rechtsextremen sehr viel Raum lässt: 8800 Zeichen direkte Rede und Paraphrasen. [...] **Auf Anfrage begrüsst Ryser Kritik am Text, wie sie etwa die Journalistin Anina Ritscher formulierte. Die Diskussion sei wichtig.** Er bestreitet aber, dass die Rechtsextremismus-Expertinnen zum Beiwerk verkommen: «Zuerst Klarheit und Aufschlüsselung durch die Wissenschaftler, danach der Wahnsinn.» Weitere Beiträgen zum Thema sollen sich «Aufschlüsselungen» widmen.» ([Medienwoche.ch vom 23.01.2021](#))

---

«Wir befahlen Ihnen, die sieben Bundesräte in Gefängnisse zu sperren»  
vom 21.01.2021

«In mehreren eingeschriebenen Briefen hat sich der Gründer der vegetarischen Restaurantkette Tibits, Christian Frei, an einzelne Bundesrätinnen und den Vizearmeechef gewandt. Darin fordert er, den gesamten Bundesrat vor ein Kriegsgericht zu stellen. Dies berichtet die Onlinezeitung «Republik». [...] Tibits gehört mit schweizweit rund einem Dutzend Filialen und einem Umsatz von 55 Millionen Franken zu den dreissig stärksten Schweizer Gastroplayern. Im Kellergeschoss einer dieser Filialen hat Christian Frei laut «Republik» am 6. Januar eine Versammlung abgehalten. **Während des zweistündigen Vortrags, an dem rund 30 Personen ohne Einhaltung von Schutzmassnahmen teilnahmen, habe Frei die Zerschlagung des Systems gefordert und Ideen aus der rechtsextremen Reichsbürgerbewegung transportiert. Medien und Staat habe er zum Feind erklärt.**» ([Tagesanzeiger.ch](https://www.tagesanzeiger.ch) vom 21.01.2021)

«Die vegetarische Restaurant-Kette Tibits gehört zu den bekanntesten Gastro-Unternehmen der Schweiz. Gegründet wurde die Kette von Rolf Hiltl und den Brüdern Daniel, Reto und Christian Frei. Letzterer machte am Donnerstag auf sich aufmerksam: **Gemäss einer Recherche der Online-Zeitschrift «Republik» soll Christian Frei die Corona-Pandemie für eine Erfindung halten.**» ([«20 Minuten»](https://www.20minuten.ch) vom 22.01.2021)

«Die Corona-Pandemie gebe es gar nicht. Die Massnahmen seien übertrieben. **Diese Aussagen kennt man von Corona-Verschwörern. Und unter diese reiht sich nun ein prominenter Gastrounernehmer: Tibits-Mitgründer Christian Frei.** Wie das Online-Magazin «Republik» berichtet, habe sich Frei am 22. Dezember mit mehreren eingeschriebenen Briefen direkt an die Bundesräte Simonetta Sommaruga und Ueli Maurer gewandt.» ([Nau.ch](https://www.nau.ch) vom 22.01.2021)

«Tibits gehört mit einem Umsatz von rund 55 Millionen Franken zu den grossen Schweizer Gastrounernehmen. Einer der Mitbegründer der vegetarischen Restaurantkette ist Christian Frei. Laut der «Republik» verschickte er am 22. Dezember 2020 eingeschriebene Briefe an Simonetta Sommaruga, Ueli Maurer sowie auch an den damaligen Vize-Armeechef Aldo C. Schellenberg. **Darin habe er gefordert, den gesamten Bundesrat vor ein Kriegsgericht zu stellen.**» ([Blick.ch](https://www.blick.ch) vom 23.01.2021)



**Ruedi Widmer**

@RuediWidmer, 23.01.2021



(Tages-Anzeiger, 23.1.21) #tibits #putsch #bundesrat #Querdenken #pizzagate #tagesanzeiger #ruediwidmercarts  
<https://pbs.twimg.com/media/EsZ3EApXIAAOyk-.jpg>



Und über die Republik allgemein:

«Ich habe zunehmend Mühe mit diesen Lifestyle-Thesen-Stücken, die heute das erzählen und morgen das Gegenteil. Zu viele rezyklieren einfach Themen, statt welche zu suchen. **Aber es gibt Medien, die versuchen, anderen Journalismus zu machen, zum Beispiel «Die Republik».**» ([Andrea Schafroth im Interview mit Peter Schneider und der NZZ vom 30.12.2020](#))

«**Auch das Onlinemagazin Republik hatte seit dem Start einen zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub. Und ab 2021? Immer noch zwei Wochen. Da wir ihn bereits vorher hatten, hat sich seit dem 1. Januar 2021 bei uns nichts verändert**», sagt Geschäftsführerin Miriam Walther. Vereinbarkeit von Beruf und Familie sei bei der Republik ein wichtiger Grundsatz, betont sie – und verweist auf freiwillige Kinderzulagen, fünf Wochen Ferien und weitere Lohnfortzahlung bei Krankheit, Vater-/Mutterschaft und Militärdienst. Genau wie bei CH Media und der NZZ geht künftig aber die zweiwöchige Vaterschaftszeit zulasten der Staatskasse. Noch ist bei der Republik das letzte Wort nicht gesprochen: «Wir haben noch nicht diskutiert, ob wir die zweiwöchige Vaterschaftszeit künftig verlängern werden oder nicht», so Walther weiter. [...] **Die Republik wolle langfristig in die Mitarbeitenden investieren, und dazu gehöre auch eine möglichst gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf.**» ([Persoenlich.ch vom 07.01.2021](#))

«Die Leser so einzubinden, dass sie nicht nur ein Produkt konsumieren (und kaufen), sondern Teil einer Community werden, ist ein gangbarer Weg, um höhere Erträge zu generieren. Während dies bisher in der Lokalberichterstattung noch nicht wirklich gelungen ist, **hat es das «Republik»-Magazin geschafft, via Crowdfunding und Grossspenden ein einigermassen lebensfähiges rotgrünes Biotop aufzubauen.**» ([Inside-it.ch vom 12.01.2021](#))